Stenographischer Bericht

21. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

III. Periode — 17. November 1954.

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt sind LR. Fritz Matzner, 2. Präs. Opereschall und die Abg. Oswald Ebner, Ing. Kalb und Wegart (438).

Auflagen:

Antrag der Abg. Dr. Rainer, Hofmann-Wellenhof, Schlacher und Hirsch, Einl.-Zl. 179, betreffend die Herstellung und Übernahme einer Straßenschleife in Tauplitz;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 56, Gesetz über die Regelung des Arbeitsrechtes in den Betrieben des Weinbaues;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 57, Gesetz über die Bestellung eines Wohnbauförderungsbeirates;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 58, Gesetz über die Regelung des Heilquellen- und Kurortwesens in Steiermark (Heilquellen- und Kurorte-Landesgesetz (438)).

Zuweisungen:

Antrag, Einl.-Zl. 179, der Landesregierung;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 56, dem Landeskulturausschuß;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 57, dem Finanzausschuß;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 58, dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß (438).

Anfragen:

Dringliche Anfrage der Abg. Edlinger, Rösch, Lackner, Schabes, Bammer, Lendl, Gruber und Sebastian an den Herrn Landesrat Perd. Pirrsch, betreffend Verwendung des im Haushaltsplan 1954 unter Post 731, 712 eingesetzten Betrages für Förderung kommunaler Maschinenhöfe in Steiermark.

Begründung der Anfrage: Abg. Edlinger (450).

Beantwortung der Anfrage: LR. Pirrsch (451).

Anfrage der Abg. Lackner, Bammer, Afritsch, Rösch, Gruber, Sebastian, Lendl und Brandl an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Tobias Udier, betreffend die Planung der „Glattjochstraße“ (438).

Dringliche Anfrage der Abg. Dr. Kaan, Hegenbarth, Leopold Ebner, Ertl, Berger, Koller, Hofmann-Wellenhof, Weidinger und Stiboller an den Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Horvatek, betreffend außerordentlichen Landeszuschuß für Regulierungsbauten und Meliorationen (Hochwasserschutz);

Begründung der Anfrage: Abg. Ertl (451).

Beantwortung der Anfrage: 1. Lhstv. Horvatek (452).

Anfrage der Abg. Dr. Pittermann, Hegenbarth, Stiboller und Koller an den Finanzreferenten, Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Horvatek, betreffend Steuerschulden des Landes (438).

Verhandlungen:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage zum Antrag der Abg. Wegart, Hofmann-Wellenhof, Koller, Dr. Rainer, Hirsch, Dr. Allitsch, Oswald Ebner und Weidinger, Einl.-Zl. 114, betreffend die unverzügliche Vorlage bzw. den Beschluß eines allgemeinen Wohnbauförderungsgesetzes durch die Bundesregierung bzw. den Nationalrat.

Berichterstatter: Abg. Dr. Allitsch (438).

Annahme des Antrages: (439).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage zum Antrag der Abg. Scheer, Peterka, DDr. Hueber, Ing. Kalb, Strohmayer und Hafner, Einl.-Zl. 118, betreffend Prüfung der Möglichkeiten einer verbilligten Ferienaktion für Landesbedienstete in Form eines Erholungsheimes oder Zeltlagers oder Bungalows.

Berichterstatter: Abg. Strohmayer (439).

Redner: Abg. Pözl (439).

Annahme des Antrages: (439).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage zum Antrag der Abg. Dr. Rainer, Dr. Allitsch, Koller und Hirsch, Einl.-Zl. 120, auf Abänderung des Gesetzes vom 6. Juli 1949, LGBl. Nr. 39, betreffend Errichtung eines Wohnbauförderungsfonds.

Berichterstatter: Abg. Dr. Allitsch (440).

Annahme des Antrages: (440).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 164, betreffend eine Ergänzungszulage zum Ruhegehalt des Regierungsoberbaurates i. R. Dipl. Ing. Anton Rosa de Pauli.

Berichterstatter: Abg. Dr. Allitsch (440).

Annahme des Antrages: (440).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 165, betreffend den Verkauf der zum Landesgut Glanz gehörigen sogenannten „Stiefingsschneider“-Liegenschaft.

Berichterstatter: Abg. Sebastian (440).

Annahme des Antrages: (440).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 166, betreffend den Ankauf von Schloß und Landwirtschaft Burgstall bei Wies.

Berichterstatter: Abg. Hegenbarth (440).

Annahme des Antrages (441).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 167, betreffend die Erhöhung des ao. Kredites 5,15 — Landeskrankenhaus Mürzzuschlag, Umgestaltung des ehem. Altersheimes — um 60.000 S.

Berichterstatter: Abg. Sebastian (441).

Annahme des Antrages (441).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 173, betreffend den Ankauf des Hauses Radkersburg, Hauptplatz Nr. 32.

Berichterstatter: Abg. Hegenbarth (441).

Annahme des Antrages (441).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 174, betreffend die Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe von 255.000 S für die Aufstockung des Wirtschaftsgebäudes des Landeskrankenhauses in Mariazell zu Lasten der ao. Post 5,18 und deren Bedeckung durch Zuführung eines gleichen Betrages aus der Einnahmepost 5,188 „Entnahme aus der Investitionsrücklage“.

Berichterstatter: Abg. Sebastian (441).

Annahme des Antrages (442).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den in der Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 88, enthaltenen Antrag auf Bewilligung eines ao. Versorgungsgenusses an Dipl. Ing. Hans Stark, vertraglicher Leiter der Landesforstverwaltung Admont.

Berichterstatter: Abg. Hofmann (442).

Annahme des Antrages (442).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 53, Gesetz über die Einstellung von Spätheimkehrern in den öffentlichen Dienst.

Berichterstatter: Abg. Weidinger (442).

Redner: Abg. Hafner (443), Abg. Dr. Rainer (443), Abg. Pözl (443).

Annahme des Antrages (443).

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 51, Gesetz über die Aufnahme von Darlehen durch die Stadtgemeinde Graz zur Finanzierung von Wohnhausbauten.

Berichterstatter: Abg. Dr. Speck (443).

Annahme des Antrages (444).

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 54, Gesetz, betreffend die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Gemeinde Graz.

Berichterstatter: Abg. Bammer (444).

Redner: Abg. Dr. Speck (445), Abg. Pözl (446), Abg. Dr. Kaan (447), Abg. DDr. Hueber (448).

Annahme des Antrages (449).

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anzeige des LAbg. Fritz Wurm gemäß § 22 des Landesverfassungsgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Dr. Rainer (449).

Annahme des Antrages (449).

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 15 Minuten.

1. Präsident **Wallner**: Hoher Landtag! Ich eröffne die 21. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße alle Erschienenen, insbesondere auch die Mitglieder des Bundesrates.

Entschuldigt haben sich: Landesrat Fritz Matzner, 2. Präsident Operschall, Abg. Oswald Ebner, Abg. Ing. Kalb, Abg. Stöffler und Abg. Wegart.

Die heute zu behandelnde Tagesordnung habe ich anlässlich der Einladung zu dieser Sitzung bekanntgegeben. Ich nehme die Zustimmung zu dieser Tagesordnung an, wenn kein Einwand erhoben wird.

(Nach einer Pause) Ein Einwand wird nicht erhoben.

Bevor wir die Verhandlung über den ersten Tagesordnungspunkt eröffnen, gebe ich bekannt, daß folgende Geschäftsstücke aufgelegt sind:

Der Antrag der Abg. Dr. Rainer, Hofmann-Wellenhof, Schlacher und Hirsch, Einl.-Zl. 179, betreffend die Herstellung und Übernahme einer Straßenschleife in Tauplitz;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 56, Gesetz über die Regelung des Arbeitsrechtes in den Betrieben des Weinbaues;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 57, Gesetz über die Bestellung eines Wohnbauförderungsbeirates;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 58, Gesetz über die Regelung des Heilquellen- und Kurortewesens in Steiermark (Heilquellen- und Kurortelandesgesetz).

Ich werde die Zuweisung dieser Geschäftsstücke vornehmen, wenn kein Einwand erhoben wird.

Ein Einwand wird nicht erhoben.

Ich weise zu:

den Antrag, Einl.-Zl. 179, der Landesregierung, die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 56, dem Landeskulturausschuß,

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 57, dem Finanzausschuß,

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 58, dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß.

Eingebracht wurden folgende Anfragen:

Die dringliche Anfrage der Abg. Peter Edlinger, Otto Rösch, Vinzenz Lackner, Karl Schabes, Hans Bammer, Hella Lendl, Josef Gruber, Adalbert Sebastian an den Herrn Landesrat Ferdinand Pirrsch, betreffend Verwendung des im Haushaltsplan 1954 unter Post 731,712 eingesetzten Betrages für Förderung kommunaler Maschinenhöfe in Steiermark,

die Anfrage der Abg. Vinzenz Lackner, Hans Bammer, Anton Afritsch, Otto Rösch, Josef Gruber, Adalbert Sebastian, Hella Lendl, Hans Brandl an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Tobias Udier, betreffend die Planung der Glattjochstraße,

die dringliche Anfrage der Abg. Dr. Kaan, Hegenbarth, Leopold Ebner, Ertl, Berger, Koller, Hofmann-Wellenhof, Weidinger und Stiboller an den Herrn ersten Landeshauptmannstellvertreter Horvatek, betreffend außerordentlichen Landeszuschuß für Regulierungsbauten und Meliorationen (Hochwasserschutz),

die Anfrage der Abg. Dr. Pittermann, Hegenbarth, Stiboller und Koller an den Finanzreferenten Herrn Landeshauptmannstellvertreter Horvatek, betreffend Steuerschulden des Landes.

Die dringlichen Anfragen werden wir nach Erledigung der Tagesordnung in Behandlung nehmen.

Die ordnungsmäßig unterstützten Anfragen werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Wir gehen zur Tagesordnung über:

1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage zum Antrag der Abg. Wegart, Hofmann-Wellenhof, Koller, Dr. Rainer, Hirsch, Dr. Allitsch, Oswald Ebner und Weidinger, Einl.-Zl. 114, betreffend die unverzügliche Vorlage bzw. den Beschluß eines allgemeinen Wohnbauförderungsgesetzes durch die Bundesregierung bzw. den Nationalrat.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Allitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Dr. Allitsch: Hoher Landtag! Die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung beinhaltet einen Antrag auf unverzügliche Vorlage bzw. Beschluß eines allgemeinen Wohnbauförderungsgesetzes durch die Bundesregierung bzw. den Nationalrat und befaßt sich in ihrem Tenor damit, daß die bestehende Wohnungsnot eine Konzentration aller

Kräfte zur Beseitigung derselben notwendig gemacht hat. Es kann erfreulicherweise berichtet werden, daß die verschiedenen Unternehmungen, die die Steiermärkische Landesregierung immer wieder getätigt hat, letztlich von Erfolg begleitet waren dadurch, daß der Nationalrat am 7. Juli 1954 den bezüglichen Gesetzesentwurf zum Beschluß erhoben hat.

Ich bitte das Hohe Haus, diese Vorlage anzunehmen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichtstatters zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrage des Herrn Berichtstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage zum Antrage der Abg. Scheer, Peterka, DDr. Hueber, Ing. Kalb, Strohmayer und Hafner, Einl.-Zl. 118, betreffend Prüfung der Möglichkeiten einer verbilligten Ferienaktion für Landesbedienstete in Form eines Erholungsheimes oder Zeltlagers oder Bungalows.

Berichtstatter ist Abg. Strohmayer. Ich erteile ihm das Wort.

Berichtstatter Abg. Strohmayer: Hoher Landtag! Meine Fraktion hat vor einiger Zeit den Antrag gestellt, die Landesregierung möge untersuchen, ob nicht eine verbilligte Ferienaktion für Landesbedienstete möglich ist. Die Landesregierung hat folgenden Bericht eingesandt, den ich wörtlich verlese:

„In den Landwirtschaftsschulen des Landes besteht für heuer keine Möglichkeit zur Unterbringung von Landesbediensteten. Die Landwirtschaftsschulen werden zum Teil ganzjährig geführt, zum Teil werden bereits Kinderferienaktionen von der Abteilung 6, wie beispielsweise in den Schulen Hatzendorf und Kirchberg am Walde, Müttererholungsaktionen, veranstaltet vom bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten oder andere Veranstaltungen (Maturantentagung, Lehrer- und Lehrerinneneneinführungskurs, Arbeitsgemeinschaften) während der unterrichtsfreien Zeit durchgeführt. Über Beschluß der Landesregierung ist ferner auch die Aufnahme von Schülern einer Landwirtschaftsschule Jugoslawiens vorgesehen, die hier im Austauschwege einen Teil ihrer Sommerferien verbringen sollen. Die in der Provinz gelegenen Schülerheime des Landes sind mit Ausnahme des Schülerheimes Fürstenfeld bereits an das Landesjugendreferat bzw. an den Steiermärkischen Kriegsoffiziersverband zur Durchführung von Ferienaktionen vergeben.“

Diese Aktion kommt also für heuer nicht mehr in Frage. Für das nächste Jahr hoffen wir, daß sie irgendwelchen Erfolg zeitigt. Die Vertreter

der Angestelltenschaft haben durch Abg. Hofmann bekanntgegeben, daß sie mit diesem Bericht einverstanden sind und ich stelle daher im Auftrage des Finanzausschusses den Antrag, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Abg. Pölzl: Hoher Landtag! Dem Hohen Hause liegt ein verhältnismäßig vernünftiger Antrag des VdU vor. (Heiterkeit.) Wenn der VdU sich zu irgendetwas entschließt, was Kopf und Fuß hat, dauert es nicht lange, und er rückt wieder davon ab in dem Augenblicke, wo es gilt, die Sache zu verwirklichen, was auch der gegebene Antrag bezeugt, den Landesbediensteten billige Erholungsmöglichkeiten zu schaffen. Es gehört etwas dazu, wenn der Berichtstatter mit dem sich zufrieden gibt, was dabei herausgekommen ist, denn das, was die Landesregierung hier berichtet, ist so viel wie nichts.

Ich möchte darauf hinweisen, daß eine Reihe steirischer Betriebe für ihre Werksangehörigen Ferienheime geschaffen und verbilligte Erholungsaufenthalte ermöglicht hat. Das Land Steiermark als einer der größten Großbetriebe vom Standpunkt der Beschäftigtenzahl sieht für die Angestellten und Beamten des Landes keine Möglichkeit, ähnliche Begünstigungen, wie sie in der Privatwirtschaft vorhanden sind, den Landesbediensteten ebenfalls zukommen zu lassen.

Ich finde, daß die Antwort, die in dem Antrag hier zum Ausdruck kommt, außerordentlich mager ausgefallen ist. Mager ist eigentlich gar kein Ausdruck dafür, es ist überhaupt nichts dabei herausgekommen. Und wenn auch der Berichtstatter sagt, die Vertreter der Angestellten- und Beamtenschaft haben sich durch den Mund des Abg. Hofmann mit dieser Lösung, die ja keine ist, einverstanden erklärt, dann möchte ich das bezweifeln. Ich bin der Auffassung, daß die Landesbediensteten genau so, wie die Angestellten und Arbeiter in der Privatwirtschaft, ein gutes Recht darauf haben, daß der Arbeitgeber sich auch ein wenig darum kümmert, daß für den Ferientaufenthalt seiner Bediensteten einigermaßen vorgesorgt wird. Und ich möchte hoffen, daß bei den kommenden Budgetberatungen für das nächste Jahr in dieser Hinsicht etwas getan wird. Für diesen Antrag kann ich nicht stimmen.

Berichtstatter Abg. Strohmayer: Ich möchte richtigstellen, daß ich hier als Beauftragter des Finanzausschusses und nicht als Beauftragter meiner Fraktion diesen Bericht vorgebracht habe. Sie wissen, daß ich als Berichtstatter mich in eine Polemik nicht einlassen darf. Sie haben es daher leicht, mich hier anzugreifen.

Präsident: Ich bringe den Antrag des Berichtstatters zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die dem Antrage zustimmen, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage zum Antrag der Abg. Dr. Rainer, Dr. Allitsch, Koller und Hirsch, Einl.-Zl. 120, auf Abänderung des Gesetzes vom 6. Juli 1949, LGBl. Nr. 39, betreffend Errichtung eines Wohnbauförderungsfonds.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Allitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Dr. Allitsch: Hohes Haus! Die Steiermärkische Landesregierung hat einen Antrag auf Abänderung des Gesetzes, betreffend Errichtung eines Wohnbauförderungsfonds vorgelegt. Die Abänderung soll disponiert werden, daß der Wohnbauförderungsfonds des Landes, der derzeit keine Rechtspersönlichkeit ist, als solche erklärt wird. Es würde damit der Nachteil behoben erscheinen, daß Darlehenswerber steuerliche Benachteiligung erfahren. Das Bundeskanzleramt hat jedoch bekannt gegeben, daß der geplanten Novellierung des Landesgesetzes aus verfassungsmäßigen Gründen nicht zugestimmt werden kann, zumal durch das neue Wohnbauförderungsgesetz eine geänderte Situation entsanden sei. Im Hinblick darauf empfiehlt die Steiermärkische Landesregierung eine Rückstellung dieses Antrages. Der Finanzausschuß hat sich mit dem Fragenkomplex eingehend befaßt und empfiehlt dem Hohen Haus, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich bringe daher den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die hiermit einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

4. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 164, betreffend eine Ergänzungszulage zum Ruhegenuß des Regierungsoberbaurates i. R. Dipl. Ing. Anton Rosa de Pauli.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Allitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Dr. Allitsch: Der Oberbaurat i. R. Dipl. Ing. Anton Rosa de Pauli ist im Februar heurigen Jahres auf eigenes Ersuchen in den dauernden Ruhestand versetzt worden. Er hat an die Steiermärkische Landesregierung die Bitte gerichtet, eine Ergänzungszulage zum Ruhegenuß zugestanden zu erhalten. Er führt in seiner Begründung aus, daß er erst nach 24 Jahren und 6 Monaten zum Regierungsoberbaurat befördert werden konnte und damit gegenüber seinen gleichaltrigen Kollegen zurückgesetzt erscheint. Nach Überprüfung seiner Gesuchsgründe und Behandlung im Finanz-Ausschuß bitte ich in dessen Namen um Annahme des in der Vorlage enthaltenen Antrages und damit, dem Genannten ab 1. März 1954 eine monatliche Zulage in der Höhe des Unterschiedes zwischen der 1. Gehaltsstufe der Dienstpostengruppe II

und der 5. Gehaltsstufe der Dienstpostengruppe III zuzuerkennen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 165, betreffend den Verkauf der zum Landesgut Glanz gehörigen sogenannten „Stiefingschneider“-Liegenschaft.

Berichterstatter ist Abg. Sebastian. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Sebastian: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit der Vorlage 165 wird der Abverkauf der zum Landesgut Glanz gehörigen sogenannten „Stiefingschneider“-Liegenschaft beantragt. Der Finanz- und Budgetausschuß hat sich mit der Vorlage beschäftigt und stellt einstimmig den Antrag an das Hohe Haus, dem Antrage der Landesregierung auf Abverkauf dieser Liegenschaft Folge zu geben. Die erwähnte Liegenschaft liegt zwei Stunden vom Landesgut Glanz entfernt, kann daher nicht einheitlich mit dem Landesgut bewirtschaftet werden, weshalb es auch nicht möglich ist, eine Rentabilität zu erzielen. Es hat sich eine Käuferin gefunden, die bereit ist, zum Schätzwert von 70.622 S diese Liegenschaft zu erwerben. Ich ersuche Sie im Namen des Finanzausschusses, dieser Vorlage Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 166, betreffend den Ankauf von Schloß und Landwirtschaft Burgstall bei Wies.

Berichterstatter ist Abg. Hegenbarth. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hegenbarth: Hoher Landtag! Seit mehreren Jahren befindet sich Schloß Burgstall, das an der Endstation der Bahnlinie Graz—Wies liegt und zu dem noch größere Grundstücke gehören, in der Bewirtschaftung des Volksbildungsheimes St. Martin. Vom Schloß Burgstall aus wird die Betreuung der verschiedenen landwirtschaftlichen Volksbildungsschulen und Landwirtschaftsschulen in der Weststeiermark durchgeführt. Es hat sich als störend erwiesen, daß das Gebäude sich nicht im Besitze des Landes befindet sondern nur ein Pachtobjekt ist. Es war dadurch unmöglich, dort größere Investitionen und Anschaffungen zu tätigen, da

dieselben nach Beendigung der Pachtzeit an den Eigentümer zurückfallen würden. Es ist nun von Seiten der Eigentümer des Schlosses ein günstiges Verkaufsangebot erfolgt und das Land Steiermark hat nun die Möglichkeit, das Schloß Burgstall, zu dem rund 40 Joch landwirtschaftlich nutzbare Fläche gehören, um 680.000 S zu kaufen. Es ist dies ein sehr günstiger Preis. Der Finanzausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit diesem Vorschlag befaßt und einstimmig beschlossen, dem Hohen Landtag die Annahme dieses Verkaufsangebotes zu empfehlen. Ich darf daher im Namen des Finanzausschusses das Hohe Haus bitten, dieser Vorlage zuzustimmen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich bringe daher den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 167, betreffend die Erhöhung des ao. Kredites 5,15 — Landeskrankenhaus Mürzzuschlag, Umgestaltung des ehemaligen Altersheimes — um 60.000 S.

Berichterstatter ist Abg. Sebastian. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Sebastian: Hohes Haus! Mit der Vorlage 167 wird die Erhöhung der Voranschlagspost 5,15 für das Landeskrankenhaus Mürzzuschlag beantragt. Es war im ao. Voranschlag für 1954 der Ausbau und die Umgestaltung des ehemaligen Altersheimes in Mürzzuschlag mit 400.000 S vorgesehen. Bei den Bauten und Umgestaltungen wurde dann vom Landesbauamt festgestellt, daß weitere Arbeiten erforderlich sind, die einen Mehrbetrag von rund 60.000 S ausmachen würden. Um diesen Arbeiten nachkommen zu können, wird beantragt, die Voranschlagspost 5,15 um 60.000 S zu erhöhen. Die Bedeckung dieses Betrages ist aus dem Investitionsfonds VP. 5,158 gegeben. Ich bitte daher im Namen des Finanzausschusses, die Vorlage anzunehmen und damit den Mehrbetrag von 60.000 S zum Aus- und Umbau des Altersheimes in Mürzzuschlag zu genehmigen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe daher den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

8. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 173, betreffend den Ankauf des Hauses Radkersburg, Hauptplatz 32.

Berichterstatter ist Abg. Hegenbarth. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Hegenbarth: Diese Vorlage beinhaltet eine Mitteilung der Landesregie-

rung an den Hohen Landtag, die besagt, daß es der Landesregierung gelungen ist, nach langwierigen Verhandlungen mit den bisherigen Eigentümern des Hauses Radkersburg, Hauptplatz Nr. 32, zu einem Übereinkommen zu gelangen. Dieses Haus, das unmittelbar an das neue Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaft angrenzt, wird für die Bezirkshauptmannschaft selbst und für landwirtschaftliche Schulungszwecke dringend benötigt. Die bisherigen Besitzer haben das Gebäude zu einem günstigen Preis und zwar um 60.000 S angeboten; die Landesregierung hat die Kaufverhandlungen abgeschlossen und berichtet dem Hohen Landtag. Die Bedeckung für die durch den Ankauf entstehende überplanmäßige Ausgabe ist durch eine gleich hohe Entnahme aus der Betriebsmittelrücklage gegeben. Der Antrag lautet somit: „Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der durch den Ankauf des Hauses in Radkersburg, Hauptplatz Nr. 32, entstehenden Kosten von insgesamt 65.000 S wird genehmigt.“

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor; ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die damit einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

9. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 174, betreffend die Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe von 255.000 S für die Aufstockung des Wirtschaftsgebäudes des Landeskrankenhauses in Mariazell zu Lasten der ao. Post 5,18 und deren Bedeckung durch Zuführung eines gleichen Betrages aus der Einnahmepost 5,188 „Entnahme aus der Investitionsrücklage“.

Berichterstatter ist Abg. Sebastian, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Sebastian: Hohes Haus! Im ao. Voranschlag 1954 ist bei der ao. Post 5,18 ein Betrag von 475.000 S für die Aufstockung des Wirtschaftsgebäudes des Landeskrankenhauses Mariazell vorgesehen. Bei der weiteren Bearbeitung des Projektes ergab sich, daß es zweckmäßig wäre, auch das Dachgeschoß auszubauen, um Wohnräume für Ärzte und einen Beamten zu schaffen. Außerdem soll im Erdgeschoß eine Heizerwohnung und ein Laboratorium-Depotraum für die Anstaltsapotheke ausgebaut werden. Die Unterbringung von Personal stößt in Mariazell auf besondere Schwierigkeiten, so daß es zweckmäßig erscheint, im Krankenhaus selbst Vorsorge hiefür zu treffen.

Es wird der Antrag gestellt, das Hohe Haus möge den in der Vorlage enthaltenen Antrag annehmen und damit die Erhöhung der Haushaltspost 5,18 um 255.000 S aus der Investitionsrücklage bewilligen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich bringe daher den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die damit einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

10. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den in der Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 88, enthaltenen Antrag auf Bewilligung eines ao. Versorgungsgenusses an Dipl. Ing. Hans Stark, vertraglicher Leiter der Landesforstverwaltung Admont.

Berichterstatter ist Abg. Friedrich Hofmann, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Hofmann:** Hohes Haus! Der Finanzausschuß hat sich mit der Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 88, bereits im September des Vorjahres beschäftigt und damals Punkt 11 der Vorlage zurückgestellt, um genauere Auskünfte zu erhalten. Der Finanzausschuß hat sich in der Sitzung am 29. Oktober 1954 neuerdings mit dieser Angelegenheit beschäftigt und ist einhellig zu nachstehendem Antrag gekommen, den ich die Ehre habe dem Hohen Hause vorzutragen:

„Dem Dipl. Ing. Hans Stark, vertraglicher Leiter der Landesforstverwaltung Admont, geboren am 4. Oktober 1888, wird mit Wirkung vom 1. April 1955 auf Lebensdauer bzw. im Falle seines vorzeitigen Ablebens seiner hinterbliebenen Gattin, Herma Stark, geborene Szabo, gleichfalls auf Lebensdauer, ein außerordentlicher Versorgungsgenuß in der Höhe von monatlich 600 S (ohne Teuerungszuschläge) bewilligt.“

Ich bitte, der Vorlage die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor, ich bringe daher den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die damit einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

11. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 53, Gesetz über die Einstellung von Spätheimkehrern in den öffentlichen Dienst.

Berichterstatter ist Abg. Weidinger; ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Weidinger:** Hohes Haus! Das öffentliche Interesse erfordert, Bestrebungen zur Befürsorgung und Unterstützung von Spätheimkehrern im weitesten Rahmen zu fördern. Aus diesem Grunde haben die Abgeordneten Dr. Rainer und Kollegen am 13. März 1954 den Antrag gestellt, jene Heimkehrer, die bis zum 30. April 1949 noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt sind und vor der Einberufung in die deutsche Wehrmacht oder eine der ehemaligen deutschen Wehrmacht ähnliche

Einrichtung zum Lande Steiermark in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis gestanden sind, auf Antrag gemäß § 7 des Beamtenüberleitungsgesetzes in Verbindung mit § 2 des Landesbeamtengesetzes in den neuen Personalstand zu übernehmen, sofern die allgemeinen Voraussetzungen für eine Einstellung in den betreffenden Dienst gegeben sind. Die Bestimmungen gelten in gleicher Weise für die Stadtgemeinde Graz und die anderen steirischen Gemeinden.

Der vorliegende Gesetzesentwurf bedarf nach § 3 (1) des Verfassungs-Übergangsgesetzes der Zustimmung der Bundesregierung, weil nach dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 30. Juni 1951 diese Bestimmung nicht nur bei einer Abänderung von Landesgesetzen, sondern auch in Fällen einer landesgesetzlichen Neuregelung anzuwenden ist.

Dieser Gesetzesentwurf wurde im Gemeinde- und Verfassungsausschuß eingehend beraten. Im Auftrage des Gemeinde- und Verfassungsausschusses bitte ich, der Gesetzesvorlage zuzustimmen.

Abg. **Hafner:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Eine der bedauerlichsten Erscheinungen in den gesetzgebenden Körperschaften in Österreich ist wohl die Tatsache, daß von den beiden großen Parteien grundsätzlich fast jeder von der Minderheit eingebrachte Antrag, selbst wenn er noch so positiver Natur ist, abgelehnt wird. Man möchte dadurch auf jeden Fall vermeiden, daß durch die Annahme eines solchen Antrages die Minderheit womöglich in die Lage versetzt werden könnte, diese Situation auszunützen und propagandistisch auszuwerten. Das ist eine Erscheinung, die bei objektiver Beurteilung nicht bestritten werden kann und die auch in diesem Hause wiederholt ihre Bestätigung gefunden hat. Auch die uns hier vorliegende Gesetzesvorlage stellt diese Feststellung unter Beweis.

Als wir von der Wahlpartei der Unabhängigen in der diesjährigen Frühjahrssession einen weitgehenden und ausführlichen Antrag einbrachten, der sich mit der bevorzugten Behandlung der Spätheimkehrer befaßte, hat die Landesregierung diesen Antrag lediglich mit einer negativen Beantwortung abgetan, die bei der Haus-sitzung am 8. Juli 1954 von der ÖVP und SPÖ bestätigt und zur Kenntnis genommen worden ist.

Etwas später, am 13. März 1954, brachte die ÖVP ebenfalls einen diesbezüglichen Antrag ein, der sich in den markantesten Punkten sinngemäß mit dem von uns eingebrachten und vom Haus abgelehnten Antrag deckte. Dieser Antrag der ÖVP wird uns heute in Form einer Regierungsvorlage zur Abstimmung übermittelt. Ich glaube, es mir ersparen zu können, meine Damen und Herren, die Preisfrage zu stellen, warum es jetzt gegangen ist und nicht schon früher, als ganz derselbe Antrag von uns eingebracht worden ist. Auf jeden Fall begrüßen wir es, daß uns eine solche Gesetzesvorlage vorgelegt wurde und

werden derselben, trotz einiger Schönheitsfehler und Mängel, die ja von unserem Vertreter im Ausschuß bereits aufgezeigt worden sind, unsere Zustimmung geben.

Abschließend geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß sich vielleicht im Rahmen einer Beispielfolgerung eine derartige Lösung der Spätheimkehrerfrage auch in den anderen Bundesländern ergibt oder noch besser, eine bundeseinheitliche Lösung durch den Nationalrat vorgekommen wird. (Beifall bei der WdU.)

Abg. Dr. Rainer: Es war vorauszusehen, daß bei der Debatte zu dieser Gesetzesvorlage ein Vertreter des VdU das Wort ergreifen wird. Es wurde ja hier in diesem Haus erst so wenig über dieses Problem der Spätheimkehrer diskutiert, beraten und gesprochen. Nun wurde endlich ein Gesetz von der zuständigen Abteilung 1 ausgearbeitet und die Herren, die sich mit diesem Gesetz beschäftigten, konnten feststellen, daß es nicht nur den gesetzlichen Voraussetzungen entspricht — denn der Bund hat hier ein Einspruchsrecht, das er geltend machen kann —, sondern daß damit den Spätheimkehrern, soweit sie in den Rahmen dieses Gesetzes fallen, auch tatsächlich geholfen werden kann.

Dieses Gesetz hat noch eine zweite Wirkung, und zwar eine optische. Zum erstenmal wird in der Zweiten Republik eine Gruppe der ehemaligen Soldaten mit einer gewissen Bevorzugung hervorgehoben, die bisher nur den politisch Verfolgten zugestanden ist. Das ist das Erfreuliche daran und das ist es, worum es bei diesem Gesetz gegangen ist. Wir wissen, daß die fürsorgerischen Maßnahmen der Landesregierung bisher zur Gänze entsprachen und daß niemals seitens der Spätheimkehrer Klage geführt wurde. Wenn der VdU die Frage aufwirft, warum es erst jetzt zu diesem Gesetz kommt und nicht damals beim Antrag des VdU, so deshalb, weil das Gesetz nun durch den zuständigen Beamten und den Leiter der Abteilung 1 vorbereitet und ausgearbeitet wurde. Dies was seinerzeit nicht der Fall. Das Bundeskanzleramt hat auch die Zustimmung gegeben. Ich hoffe gleichfalls, daß dieses Gesetz nun Beispielfolgerungen in den anderen Bundesländern und auch im Bund nach sich zieht. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Pölzl: Wir sehen uns hier einer argen Konkurrenz zwischen VdU und ÖVP. gegenüber. Aber dieser Konkurrenzkampf ist eigentlich völlig sinnlos, wenn man den Motivenbericht dieses Gesetzes durchgliest. Ich möchte vorausschicken, ich bin auch für das Gesetz — aus anderen Gründen als Sie — aber ich bin auch dafür. Ich bedaure nur, daß die Auswirkungen dieses Gesetzes rein optische sind, was Sie ja begrüßen, Herr Abgeordneter von der ÖVP.

Es heißt nämlich hier im Motivenbericht: „Wegen der geringen Zahl der vorhandenen und noch zu erwartenden Spätheimkehrer fallen die finanziellen Aufwendungen dieses Gesetzes

nicht ins Gewicht.“ Was heißt das, meine Damen und Herren? Das heißt, was wir heute hier beschließen, schaut ganz schön aus und kostet nichts. Das ist das Übel unserer Zeit, daß aus einer Frage, die wirklich eine ernste Frage ist, eine optische Angelegenheit gemacht wird, als ob die Heimkehrer oder die Spätheimkehrer oder irgendein Mensch irgend etwas von diesen optischen Angelegenheiten hätte.

Es handelt sich um ganz etwas anderes bei dem Problem, vor dem wir stehen. Es handelt sich darum, daß die Wunden des Krieges geheilt werden, ob es sich nun um Heimkehrer, Spätheimkehrer, ob es sich um KZler oder sonst um irgendwelche Menschen handelt, die durch den Krieg geschädigt worden sind. Was aber Sie wollen, Herr Dr. Rainer von der ÖVP, das glaube ich, dient weder unserem Volke noch den Spätheimkehrern. Wir wollen mit diesem Gesetz nicht sagen, daß wir uns nicht zum Hitlerkrieg und seinen Folgen bekennen, sondern wir wollen mit diesem Gesetz bekunden, daß wir die Wunden des Krieges, wo immer sie auch auftreten, heilen wollen. Und ich möchte noch hinzufügen, wir wollen mit diesem Gesetz auch bekunden, daß wir in aller Zukunft verhindern wollen, daß es wieder Heimkehrer und Spätheimkehrer gibt.

Präsident: Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter **Abg. Weidinger:** Ich möchte zu dieser Vorlage nur bemerken, daß dieser Gesetzentwurf zuerst im Gemeinde- und Verfassungsausschuß behandelt, dann aber dem Finanzausschuß vorgelegt wurde, der der Vorlage gleichfalls zugestimmt hat.

Präsident: Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

12. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 51, Gesetz über die Aufnahme von Darlehen durch die Stadtgemeinde Graz zur Finanzierung von Wohnhausbauten.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Eduard Speck. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter **Abg. Dr. Speck:** Hohes Haus!

Es ist bekanntlich eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeinden, die Wohnungsnot zu bekämpfen und Wohnbauten zu fördern. Das mit neuen Möglichkeiten ausgestattete Wohnbauförderungsgesetz setzt voraus, daß auch die Gemeinden die entsprechenden Geldmittel aufbringen. Die Gemeinde Graz kann das nur auf dem Wege der Darlehensaufnahme. Nach der Gemeindeverfassung ist dazu ein Landesgesetz, ein Ermächtigungsgesetz des Landes, notwendig. Um dieses Ermächtigungsgesetz für die Auf-

nahme eines Darlehens im Gesamtbetrage von 30 Millionen Schilling liegt hier vor mit den üblichen Bedingungen. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat es genehmigt und ich bitte auch das Hohe Haus, diesem Gesetz die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist angenommen.

13. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 54, Gesetz, betreffend die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Gemeinde Graz.

Berichterstatter ist Abg. Bammer. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Bammer:** Meine Damen und Herren! Der Steiermärkische Landtag hat in seiner Sitzung vom 26. November des Vorjahres das Dienstrecht der Beamten der Stadt Graz mit der zeitlichen Gültigkeitsbegrenzung bis 31. Dezember 1954 provisorisch geregelt. Wie den Mitgliedern des Landtages noch in Erinnerung sein wird, waren sowohl der Landtag als auch der Gemeinde- und Verfassungsausschuß in Zeitnot und deshalb nicht in der Lage, ein einheitliches, gut durchdachtes Gesetz zu beschließen. Durch eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes war festgestellt worden, daß die Dienstrechtsbestimmungen, die mit Gemeinderatsbeschuß des Grazer Gemeinderates gefaßt worden waren, verfassungswidrig sind und der Gemeinderat befand sich in Dienstrechtsfragen seit dem 1. September 1953 bis Ende 1953 in einem gesetzlosen Zustand. In der Sitzung vom 26. November hat der seinerzeitige Berichterstatter, Herr Bürgermeister Dr. Speck, darauf hingewiesen, daß das Provisorium ein abscheuliches Gesetz sei und wie auch aus der umfangreichen Debatte, an der sich die Vertreter aller Fraktionen beteiligt haben, hervorging, hatten auch die Abgeordneten alle keine Freude mit diesem Provisorium. Es wurde damals in der Debatte auch festgestellt, daß sich die zuständigen Stellen sehr rasch zur Beratung über ein endgültiges, der Zeit entsprechendes Dienstrecht der Grazer Gemeindebediensteten zusammenfinden sollen.

Es hat nun der Gemeinderat der Stadt Graz in seiner Sitzung vom 10. Juni 1954 einstimmig, also mit den Stimmen aller Fraktionen, einen neuen Gesetzentwurf beschlossen und diesen der Steiermärkischen Landesregierung und im weiteren Verlauf dem Hohen Landtag zur Beschlußfassung übermittelt. Um ein verspätetes Inkrafttreten und damit einen neuerlichen gesetzlosen Zustand zu verhindern, wurde dieser Entwurf zur Begutachtung dem Verfassungsdienst beim Bundeskanzleramt vorgelegt und

es wurde eine Reihe von Empfehlungen des Verfassungsdienstes gemeinsam mit dem Bundesministerium vorgelegt, welchen bereits in der Vorlage Rechnung getragen wurde. Es hat nun der Gemeinde- und Verfassungsausschuß in seinen Sitzungen den größten Teil der noch nicht in die Vorlage aufgenommenen Empfehlungen ebenfalls beschlossen, und zwar, soweit es sich um stilistische Änderungen handelte, einstimmig, sonst mit Mehrheitsbeschlüssen.

Ich darf nun im einzelnen auf die mir wesentlich erscheinenden Abänderungsanträge eingehen und hinzufügen, daß den Abgeordneten des Hohen Hauses die Abänderungsanträge des Gemeinde- und Verfassungsausschusses heute vorgelegt worden sind.

Zu § 68 (6) erfolgt im Anschluß an die Aufstellung der Verwendungsgruppen eine Ergänzung von wesentlicher Bedeutung. Diese Ergänzung entspricht den Gepflogenheiten der Praxis, da es bei einer so umfangreichen Verwaltung wie jener der Landeshauptstadt Graz sehr häufig vorkommen kann, daß Beamte mit besonderer Qualifikation und besonderen Leistungen nur deshalb nicht in höhere Dienstpostengruppen gelangen, weil sie hierfür nicht die notwendige Schulbildung besitzen. Es entspricht durchaus dem Leistungsprinzip, daß diese Bestimmung vom Gemeinde- und Verfassungsausschuß nunmehr dem Hohen Landtag zur Beschlußfassung und Aufnahme in das Gesetz vorgelegt wird. Einer allzu freien Auslegung dieser Bestimmung ist dadurch vorgebeugt, daß in solchen Fällen für die Beschlußfassung die Anwesenheit von zwei Dritteln des Grazer Gemeinderates erforderlich ist.

Die Vorlage hat, wie schon das provisorische Dienstrecht, auch das Vertretungsrecht der Beamten durch die zuständige Gewerkschaft der Gemeindebediensteten festgestellt. In der provisorischen Fassung des Dienstrechtes der Stadt Graz war die Wirksamkeit dieser Bestimmung durch Art. 12 gehemmt, bis der Bund eine bundeseinheitliche Regelung der Personalvertretungsrechte beschlossen hat. Der Forderung der WdU in der Sitzung am 26. November des Vorjahres, diese Bestimmung, da sie nicht wirksam ist, zu streichen, wurde, wie der Berichterstatter erwähnte, nicht entsprochen, weil die Belassung der Forderung in der Vorlage einen Anspruch oder die Anmeldung eines Anspruches für die endgültige Regelung bedeuten sollte. Der Verfassungsdienst beim Bundeskanzleramt hat die Herausnahme der Bestimmung über das Vertretungsrecht der Bediensteten empfohlen. Im Ausschuß wurde ausführlich darüber debattiert und mit Mehrheit die Rücksichtnahme auf diese Empfehlung des Verfassungsdienstes beschlossen. Ich darf noch hinzufügen, daß im Inhaltsverzeichnis und im textlichen Teil die Titel entsprechend abzuändern sind. Es sind die Titel der §§ 27, 120, 138 entsprechend den Abänderungsvorschlägen richtigzustellen.

Das vorliegende Gesetz stellt, das kann mit Fug und Recht behauptet werden, in diesem

Aufbau ein sehr abgerundetes Werk dar. Die Regelung dieser umfangreichen Materie innerhalb kurzer Frist war nur deshalb möglich, weil der dafür eingesetzte Ausschuß des Gemeinderates diese Materie weitgehend vorbereitet hatte und darüber hinaus die zuständige Abteilung des Amtes der Landesregierung und der Gemeinde- und Verfassungsausschuß in sehr sachlicher Arbeit diese Fragen durchberaten hatten. Es darf noch festgestellt werden, daß mit der Beschlußfassung über dieses Gesetz, betreffend die Regelung des Dienstrechtes der Beamten der Gemeinde Graz, alle steirischen Beamten in den Gemeinden mit mehr als 800 Einwohnern ein einheitliches Dienstrecht besitzen. Nach dem vorliegenden Gesetz wird ein Personenkreis von mehr als 3000 Beamten der Landeshauptstadt Graz erfaßt.

Ich darf Sie namens des Gemeinde- und Verfassungsausschusses bitten, der Vorlage und den bereits mehrfach zitierten Abänderungsanträgen Ihre Zustimmung zu geben.

Abg. Dr. Speck: Hoher Landtag! Zunächst darf ich hier als Sprecher der sozialistischen Fraktion, aber auch in meiner Eigenschaft als Bürgermeister der Stadt Graz meiner großen Befriedigung Ausdruck geben, daß dieses Gesetz vom Landtag verabschiedet werden soll, zugleich aber auch die Hoffnung aussprechen, daß nicht etwa in Wien neuerdings Verzögerungen auftreten, die verhindern würden, daß das Gesetz tatsächlich mit dem 1. Jänner 1955 in Kraft tritt. Das würde wiederum das Eintreten eines wenn auch nur kurzen *ex-lex*-Zustandes mit sich bringen, der auf keinen Fall wünschenswert ist.

Wie der Herr Berichterstatter des Ausschusses erwähnt hat, waren alle beteiligten Faktoren tatsächlich bemüht, erstens ein wirklich sinnvoll durchgearbeitetes und systematisch aufgebautes Gesetz zu schaffen, zweitens auch die Frist so einzuhalten, daß eine rechtzeitige Verabschiedung durch den Landtag noch möglich ist. Ich kann nur hoffen, daß die Mühe auch zum Erfolg führt. Es ist wahr, daß sich in diesem Falle wie in letzter Zeit immer, der Verfassungsdienst in Wien stark eingeschaltet hat, ähnlich wie auch bei der Vorberatung über ein noch komplizierteres und umfangreicheres Gesetz, das ebenfalls die Landeshauptstadt betrifft, nämlich das neue Gemeindestatut. Manchmal sind auch hier von dort aus Einwendungen erhoben worden, die bei gleichen Gesetzen, die andere Bundesländer und Städte in Österreich betreffen, nicht erhoben worden sind. Auf den Hinweis, wieso eine so ungleiche Behandlung in der gleichen verfassungsmäßigen Materie möglich sei, wird neuerdings betont, bei der Landeshauptstadt Graz handle es sich immerhin um die zweitgrößte Stadt der Republik und die Gesetze, die hier geschaffen werden, müßten als Mustergesetze für künftige Gesetze gelten. (LH. Krainer: „Ein gutes Beispiel könnte nicht schaden!“) Dadurch ist freilich bedingt, daß wir

mit manchen Schwierigkeiten zu tun haben, die sich bei den Stadtrechten von Salzburg und Innsbruck usw. nicht ergeben haben. Wir müssen uns jedenfalls damit auseinandersetzen und das haben schon der Gemeinderat, die Landesregierung und auch der Gemeinde- und Verfassungsausschuß getan. Die Landesregierung hat die Einsprüche, die von Wien aus geltend gemacht worden sind, der Stadtgemeinde Graz mitgeteilt und so konnten auch wir dazu Stellung nehmen und eine ganze Reihe von Anregungen, die wirklich berechtigt sind, ist aufgenommen worden, mit anderen haben wir uns auseinandergesetzt; und das hat nicht nur das Referat, sondern auch der Gemeinde- und Verfassungsausschuß getan. Ich kann sagen, daß es ein gutes Gesetz ist, das jetzt entstehen soll, und eine wirkliche Grundlage für das Dienstrecht der Beamten der Landeshauptstadt Graz werden wird und dies für lange Zeiten. Das alte Dienstrecht war sehr veraltet, das ist klar, denn es ist durch zahllose Einzelnovellierungen immer wieder geändert und dadurch äußerst unübersichtlich geworden. Nun ist durch das neue Dienstrecht eine Basis geschaffen, die sich wirklich bewähren wird.

Eines möchte ich noch erwähnen und der Referent hat es auch schon betont, daß eine Reihe von Änderungen, die der Gemeinde- und Verfassungsausschuß vorgenommen hat, nicht mit Stimmeneinhelligkeit, sondern nur mit Stimmenmehrheit zustande gekommen sind. Vom Standpunkte unserer Fraktion möchte ich darauf verweisen, daß gerade die Einsprüche des Bundes-Verfassungsdienstes hinsichtlich des Vertretungsrechtes der Beamten uns nicht dazu gebracht haben, im Ausschuß etwa auch dafür zu stimmen, daß diesen Einsprüchen Rechnung getragen wird. Der Hohe Landtag hat sich schon mehrmals bei verschiedenen Gesetzesvorlagen mit solchen Einsprüchen befassen müssen und hat schon mehrmals die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß wir uns endlich einmal aufrufen müßten, nicht nachzugeben, sondern allenfalls durch Beharrungsbeschlüsse solche Einsprüche gegen das autonome Recht des Landtages abzuwehren. Wir waren der Meinung, daß dieses Gesetz so ein Anlaß hätte sein können, aber die Mehrheit des Ausschusses hat sich einem diesbezüglichen Antrag, die Personalvertretung der Beamten trotz Einspruch von Wien im Gesetz zu belassen, nicht angeschlossen und so mußte diese Bestimmung fallen gelassen werden. Wir wissen also, daß uns keine andere Hoffnung übrigbleibt, als daß endlich doch ein Bundesgesetz über die Personalvertretungen geschaffen wird, das ja schon lange fällig ist und das endlich alle diese Streitfragen, die sich bei jedem einzelnen Gesetz bisher ergaben, aus der Welt schaffen wird. Wir hoffen sehr, daß das endlich einmal geschehen wird.

Ich möchte allerdings mildernd dazu sagen, daß für den Bereich der Stadtverwaltung in Graz die Auswirkungen dieses Nachgebens, wenn

ich so sagen darf, nicht so stark sein werden, weil zwischen der Vertretung der Beamten, also der Gewerkschaft, einerseits und der Stadtverwaltung andererseits ein Übereinkommen zustande gekommen ist, das solange gilt, bis die Sache bundesgesetzlich geregelt ist, wonach wir, also die Stadtverwaltung, der Gewerkschaft jene Vertretungsrechte einräumen, die seinerzeit die Personalvertretung gehabt hat. Es wird also praktisch in Graz, wie wir glauben, diesbezüglich keine Schwierigkeiten geben.

Ich bin aber genötigt, zu einem Paragraphen einen Abänderungsantrag zu stellen. Ich habe mir erlaubt, den Antrag den anderen Fraktionen des Hohen Hauses zur Verfügung zu stellen. Er betrifft die Einschaltung eines neuen Paragraphen 143, der Bezug nimmt auf den Paragraphen 7 Abs. 3. In diesem § 7 wird nämlich, was an sich ein Fortschritt und eine erfreuliche Leistung der Gesetzgebung ist, das automatische Definitivum für die Beamten der Stadtgemeinde Graz eingeführt. Das bedeutet, daß nach 6 Jahren jeder provisorische öffentlich-rechtliche Beamte automatisch, das heißt ohne weiteren Beschluß des Gemeinderates, definitiv wird. Ich wiederhole, das ist wirklich ein erfreulicher Fortschritt, der da erzielt worden ist. Aber es ergeben sich daraus jetzt in der Übergangszeit gewisse Schwierigkeiten, denn zu den Voraussetzungen des Definitivums gehört einerseits, daß vom Amtsarzt die gesundheitliche Eignung bestätigt wird und daß auch die Qualifikation eine solche ist, daß die Definitivstellung wirklich zuerkannt werden kann. Nun gibt es natürlich eine Anzahl von Personen, bei denen das nicht der Fall ist. Was soll mit diesen Leuten geschehen? Sie müßten ja eigentlich aus dem Stand der pragmatisierten Beamten ausgeschieden, das heißt, gekündigt werden. Ich glaube, daß man als Übergangsmaßnahme in diesen Fällen das auch machen muß, aber so, daß die Betroffenen als Vertragsbedienstete weiter beschäftigt werden; wenn diese vorläufigen Hindernisse dann behoben sind, wenn also vom Amtsarzt die volle gesundheitliche Tauglichkeit oder von der Qualifikationskommission die entsprechende Besserung der Leistungen festgestellt wird, kann der Beamte neuerdings pragmatisiert und definitiv gestellt werden. Diese Regelung hat der Gemeinde- und Verfassungsausschuß angenommen, und zwar durch einen Zusatz zum § 144 Abs. 2, der in den vervielfältigten Abänderungsanträgen vorliegt. Es heißt hier, daß die Bestimmungen über die Definitivstellung erst ab 1. Juli 1955 in Kraft treten sollen, in der Meinung, daß in der Zwischenzeit alle diese Regelungen getroffen werden können, also auch die vorläufige Ausscheidung jener, bei denen die Definitivstellung aus den angeführten Gründen nicht möglich ist.

Nun ergibt sich zweierlei: Erstens, daß diese Frist etwas zu kurz ist. Man müßte das ganze Jahr 1955 einbeziehen. Aber das ist verhältnismäßig weniger wichtig; zweitens aber, daß, wenn

man es so formulieren würde, man im Jahre 1955 überhaupt keinen einzigen Beamten definitiv stellen könnte, weil ja die Gültigkeit dieses Gesetzes, dieses § 7, erst mit 1. Juli 1955 oder allenfalls mit 1. Jänner 1956 eintreten würde. Das kann nicht unsere Absicht sein und war auch nicht unsere Absicht, sondern es sollte sich diese Einschränkung nur auf solche beziehen, bei welchen gesundheitliche oder qualitätsmäßige Bedenken bestehen.

Daher erlaube ich mir, einen Abänderungsantrag einzubringen, der den Beamten die Sicherheit gibt, daß alle anderen rechtzeitig, das heißt mit Beendigung des 6. Dienstjahres definitiv gestellt werden können.

Ich stelle also den Antrag, daß ein neuer § 143 eingeschoben wird mit dem Titel „Erwerbung der definitiven Anstellung im Jahre 1955“, und mit dem Text: „In der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1955 wird die definitive Anstellung (§ 7 Abs. 3) nicht durch Ablauf der Probefristzeit, sondern nur durch ausdrückliche Verleihung durch den Gemeinderat erworben“. Auf die Auflösung des Dienstverhältnisses vor Verleihung der definitiven Anstellung finden die Bestimmungen des § 14 sinngemäß Anwendung, das heißt, der Gemeinderat kann alle anderen, die schon 6 Dienstjahre haben und bei denen keine solchen Bedenken bestehen, auch in diesem Jahr ohneweiters zeitgerecht definitiv stellen. Dazu ist notwendig, daß die zwei Paragraphen des 8. Abschnittes 143 und 144 nun die Nummerierung 144 und 145 erhalten, der bisherige § 144, neu § 145, behält die ursprüngliche Form. Das heißt, der hier auf Seite 4 der Abänderungsanträge zu § 144/2 gebrachte Zusatz wäre zu streichen, weil dies ja durch den neuen § 143 selbstverständlich schon vorweggenommen ist. Und ebenso wäre schließlich im 7. Abschnitt „Übergangsbestimmungen“ die Inhaltsangabe der Paragraphen-Nummern entsprechend zu ändern, also § 141 wie bisher, § 142 wie bisher, § 143 neu: „Erwerbung der definitiven Anstellung im Jahre 1955“ und zum 8. Abschnitt, § 144 „Zuständigkeit“, § 145 „Inkrafttreten“.

Ich bitte das Hohe Haus, diesen Abänderungsanträgen zuzustimmen.

Präsident: Ich bitte, mir diesen Antrag schriftlich vorzulegen.

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Man kann vom vorliegenden Gesetz, betreffend die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Gemeinde Graz nichts Besseres sagen als vom Provisorium, das uns im Vorjahr vorgelegen hat. Dieses Gesetz beinhaltet in vieler Hinsicht nicht das, was die Gemeindebediensteten von dem Gesetz erwarten und was die einheitliche Gewerkschaft, die die Gemeindebediensteten zu vertreten hat, von diesem Gesetz erwartet. Vor wenigen Tagen hat der Parteitag der SPÖ stattgefunden. Auf diesem hat Vizekanzler Dr. Schärf gesagt, Österreich sei ein sozialer Wohlfahrtsstaat. Ich möchte dazu sagen, daß auch in diesem Gesetz wieder klar

zum Ausdruck kommt, daß wir bezüglich des Sozialrechtes und des Arbeitsrechtes, das ja einen großen Kreis unserer Bevölkerung betrifft, noch lange vom sozialen Wohlfahrtsstaat entfernt sind.

Auch in diesem Gesetz kommt klar zum Ausdruck, daß ein so großer Personenkreis, wie es die Beamten der Stadt Graz sind — der Berichtserstatter hat von 3000 gesprochen, mit Familienangehörigen sind es vielleicht 12.000 — daß also ein so großer Personenkreis eigentlich keine gesetzlich fundierte Personalvertretung hat. Und auch durch dieses Gesetz erhalten die Gemeindebediensteten kein Personalvertretungsrecht. Wir wissen, daß bei der Gemeinde Graz eine provisorische Personalvertretung existiert. Die zweite Republik währt nun schon beinahe 10 Jahre, wäre es da nicht Zeit, den Gemeindebediensteten, den öffentlichen Bediensteten überhaupt, in der Zwischenzeit auch ein gesetzliches Recht für ihre Interessenvertretung zu geben? Was ist eigentlich die Ursache, warum es hier zu keiner gesetzlichen Regelung kommen kann? Daß wir uns angeblich zum sozialen Wohlfahrtsstaat hin entwickeln, kann die Ursache wohl nicht sein, sondern die Ursache kann nur darin liegen, daß an der Spitze der österreichischen Bundesregierung Bundeskanzler Raab steht, also ein Repräsentant der Unternehmer, der heute wie gestern auf dem Standpunkt steht: „Herr im Hause bin ich und das Haus gehört mir.“

Darauf läuft es hinaus, daß die ÖVP eine verbissene Opposition gegen jede gesetzliche Bestimmung, auch beim gegenwärtigen Gesetz, treibt, die besagen könnte, daß beispielsweise die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten ein Vertretungsrecht eingeräumt bekommt. Auch in diesem Gesetz wird peinlichst vermieden, dort, wo es darauf ankommt, zum Beispiel bei der Disziplinkommission der Gewerkschaft ein richtiges Vertretungsrecht einzuräumen. Die Bediensteten, die Beamten der Gemeinde Graz haben auch in Zukunft, wenn sie sich von ihrem Arbeitgeber schlecht behandelt fühlen, keine gesetzliche Möglichkeit, irgendwohin zu gehen, um Hilfe zu finden, um gegen ihren übermächtigen Arbeitgeber wirksam auftreten zu können. Die Arbeiter in der Privatwirtschaft haben das Betriebsrätegesetz. Das Betriebsrätegesetz gibt ihnen unter Umständen einen gewissen Schutz. Es existieren die Einigungsämter, das Arbeitsgericht, alle diese Institutionen sind für die Beamten der Stadt Graz nicht gegeben, weil sie öffentliche Bedienstete sind und es ist vielleicht typisch für die Lage, in der sich die SPÖ befindet, daß bei Beschlußfassung über ein Gesetz über die Dienstordnung der Stadtgemeinde Graz nicht der Vertreter der Gewerkschaft spricht. Nein, der Arbeitgeber, der Bürgermeister der Stadt Graz, spricht zu dieser Dienstordnung. Es spricht nicht der Vertreter des Gewerkschaftsbundes, der sagen müßte, das oder jenes fehlt in dem Gesetz, paßt uns nicht, das haben die Gemeindebediensteten verlangt, das ist nicht in Ordnung, das ist nicht richtig. Er schweigt sich aus und über das Dienstrecht spricht der Arbeit-

geber. Ich möchte dem Herrn Bürgermeister nicht persönlich nahetreten, ich möchte glauben, daß er ein wohlwollender Arbeitgeber ist, aber, wie das schon ist, allzuviel dreinreden läßt sich der Arbeitgeber nicht gerne. (Abg. Dr. Pittermann: „Auch in Rußland nicht!“) Dort sind die Arbeiter selbst der Arbeitgeber. (Allgemeine Heiterkeit.) Wenn wenigstens die Vertreter der Gemeindebediensteten der Gewerkschaft sagen würden, was in dieses Gesetz hineinkommen soll und was nicht drinnen ist. Es geschieht deshalb nicht, um die Zusammenarbeit in der Koalition mit Raab nicht zu stören.

Der Bürgermeister sagt, man habe sich über dieses Gesetz geeinigt. Ja, Sie haben sich über dieses Gesetz geeinigt und dieses Gesetz ist in seiner gegenwärtigen Fassung für den Zweck, den es erfüllen soll, vom Gesichtspunkte der Beamten der Stadtgemeinde Graz aus als absolut unzulänglich zu betrachten. Wir haben erst eine Dienstordnung für die übrigen Gemeinden in der Steiermark beschlossen, die in Bezug auf das Recht der Bediensteten über die gegenwärtig zu beschließende Dienstordnung weit hinausgeht. Es wäre auch nicht so schlecht, hier in Steiermark und in Graz mit einer sehr fortschrittlichen Dienstordnung ein gutes Beispiel zu geben. Aber selbst das ist nicht notwendig, denn man brauchte sich nur die Dienstordnung der Gemeinde Wien zur Vorlage machen und man würde zu einem besseren Gesetz kommen, als es das vorliegende ist.

Ich möchte zusammenfassend sagen, ohne gegen die einzelnen Paragraphen Stellung zu nehmen, es zieht sich wie ein roter Faden durch das ganze Gesetz die Absicht, den Beamten kein wirkliches Recht einzuräumen. Dieses Gesetz ist unzulänglich und es wäre endlich an der Zeit, auf bundesgesetzlicher Ebene auch das Recht der öffentlichen Bediensteten in Bezug auf das Arbeitsrecht festzulegen. Ich kann für dieses Gesetz nicht stimmen.

Abg. Dr. Kaan: Hoher Landtag! Bürgermeister Dr. Speck hat aus den Beratungen des Gemeinde- und Verfassungsausschusses hervorgehoben, daß es dort zu Mehrheitsbeschlüssen gekommen sei in einer Frage, die die Autonomie der Gesetzgebung des Landes betrifft insofern, als dort einem angekündigten Einspruch des Bundesverfassungsdienstes bzw. der Bundesregierung Rechnung getragen wurde. Es betrifft das Vorschlagsrecht der Gewerkschaft. Dieser Punkt ist ein solcher, daß wir von der ÖVP nicht der Meinung waren, es auf einen Kampf durch einen Beharrungsbeschluß ankommen lassen zu sollen. Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 24. Juni 1954 sagt schon ziemlich deutlich, wie der Verfassungsgerichtshof erkennen würde, falls er bei einem Beharrungsbeschluß zur Entscheidung über diese Frage angerufen werden würde. Es wäre nicht günstig gewesen, die grundlegende Frage der Autonomie der Gesetzgebung des Landes gerade in diesem Punkte zur Entscheidung zu bringen. Unser Ent-

schluß war aber auch deshalb erleichtert, weil aus einer Äußerung des Herrn Bürgermeisters Dr. Speck hervorgegangen ist, daß der tatsächliche Zustand bei der Gemeinde nicht so ist, daß die Angestellten und Bediensteten nicht zu Worte kommen, sondern auf Grund eines bestehenden Vertrages und der tatsächlichen Übung doch gehört werden. Es ist das ein Mangel, der nicht in der Gesetzgebung des Landes, sondern jener des Bundes gelegen ist, daß noch keine Vertretungskörper geschaffen sind. Dieser Mangel ist durch diesen Vertrag in Graz behoben und daher haben wir einer Fassung zugestimmt, die dieses Vorschlagsrecht der Gewerkschaft nicht vorsieht, weil sonst mit Sicherheit ein Einspruch erfolgt wäre und dadurch der Wirksamkeitsbeginn dieses Gesetzes hinausgeschoben werden würde.

Was nun den Abänderungsantrag anlangt, so stimmt die ÖVP diesem Antrag schon deshalb zu, weil wir darin eine geeignete Änderung sehen, die eine sonst ungünstige Auswirkung der Automatik des Gesetzse mildert.

Abg. DDr. Hueber: Hoher Landtag! Der Herr Bürgermeister Dr. Speck hat bei seinen Ausführungen sein Bedauern ausgesprochen, daß der Gemeinde- und Verfassungsausschuß in seiner Mehrheit den Einwendungen des Verfassungsdienstes gegen die Aufnahme von Bestimmungen über die Personalvertretung in die Dienstordnung der Beamten der Gemeinde Graz Rechnung getragen hat. Auch der Herr Abg. Pözl hat bedauert, daß den Gewerkschaften bei diesem Gesetz keine Mitwirkungsrechte eingeräumt worden sind.

Ich möchte daran erinnern, daß unsere Fraktion als einzige in diesem Hohen Hause bei der Behandlung des provisorischen Dienstrechtes der Gemeinde Graz die Problematik aufgezeigt hat, die der Regelung des Personalvertretungsrechtes in einem Landesgesetz entgegensteht. Wir waren es damals, die in einem Antrag, den wir am 18. November 1953 im Hause eingebracht haben, gefordert haben: Tretet doch an die Bundesregierung heran, damit endlich einmal das überfällig gewordene Gesetz über die Personalvertretungen geschaffen wird. Und wir müssen feststellen, daß dieser Antrag von der Landesregierung wohlwollend aufgenommen und daß auch eine Regierungsvorlage eingebracht wurde, in der die Landesregierung dahin Stellung bezogen hat, daß das Bundeskanzleramt bereits den 10. Entwurf, betreffend ein Bundesgesetz über die Personalvertretungen, den Dienststellen des Bundes, der Länder und der Gemeinden zugeleitet hat und daß das Bundeskanzleramt auch seine Absicht bekannt gegeben hat, diesen Entwurf den beabsichtigten Verhandlungen mit den Gewerkschaften zugrunde zu legen. Eine weitere Verständigung über den Stand der Angelegenheit sei nicht erfolgt.

Der Landtag hat in der letzten Sitzung der Frühjahrsession die Stellungnahme der Landesregierung zur Kenntnis genommen, wonach die

Landesregierung bei der Bundesregierung Vorstellungen erhoben hat, daß endlich einmal das Gesetz über die Regelung der Personalvertretung ins Parlament gebracht wird. Es hat sich seither aber wiederum nichts getan und nur aus der Presse war zu entnehmen, daß die Verhandlungen, die der Herr Bundeskanzler mit den Gewerkschaften geführt hat, nicht erfolgreich verlaufen seien.

Es ist tatsächlich so, daß es der Koalitionsregierung, daß es dem Zweiparteiensystem von ÖVP und SPÖ nunmehr durch 9 Jahre hindurch in der Zweiten Republik nicht gelungen ist, ein Personalvertretungsgesetz ins Parlament zu bringen und zu verabschieden, welches den Ländern die Möglichkeit gibt, Personalvertretungen in ihrem Bereich und insbesondere im Bereich des Gemeindedienstrechtes zu schaffen. Es ist der Standpunkt des Verfassungsgerichtshofes schon seit dem Erkenntnis vom 29. März 1950 der, daß Personalvertretungen der öffentlichen Angestellten des Bundes, der Länder und der Gemeinden als Berufsvertretungen im Sinne des Artikels 10 der Bundesverfassung anzusehen sind und daß für die Errichtung von Personalvertretungen im Bereiche des Bundes dem Bund die Gesetzgebung und Vollziehung und im Bereich der Länder und Gemeinden dem Bund die Gesetzgebung und den Ländern die Vollziehung zusteht. Nur um überhaupt den öffentlichen Dienstnehmern eine Vertretung ihrer Interessen zu ermöglichen, hat das Bundeskanzleramt in einem Rundschreiben vom 17. Juli 1946 seinerzeit den einschlägigen Ressorts empfohlen, bis zur Erlassung einer gesetzlichen Personalvertretungsvorschrift die Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten bzw. die gewerkschaftlich bestellten provisorischen Personalausschüsse bei der Regelung dienstrechtlicher Verhältnisse in einem bestimmten Ausmaß heranzuziehen. Und als man dann an das Bundeskanzleramt die Frage gerichtet hat, ob eine solche Interessenvertretung der öffentlich Bediensteten auf einen Rechtsanspruch zurückgeht, wurde dies ausdrücklich verneint und ausgesprochen, daß die österreichische Rechtsordnung keinen gesetzlichen Anspruch irgend einer auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhender Interessenvertretung, bei der Regelung des Dienstrechtes oder bei der Gestaltung der dienstrechtlichen Verhältnisse der öffentlichen Bediensteten mitzuwirken, kennt.

Es ist dies eine sehr bedauerliche Rechtslage, die nur durch ein Bundesgesetz gewandelt werden kann und dieses Bundesgesetz wurde, wie bereits ausgeführt, noch nicht erlassen. Es ist auch nicht abzusehen, wann hier endlich einmal Ordnung geschaffen wird. Es ist ja nicht nur die Frage der Personalvertretungen, die einer gesetzlichen Regelung harret, es sind ja eine Reihe anderer Probleme — denken Sie nur an die Regelung der Gemeindeverbände —, die einfach nicht durch das Zweiparteiensystem ÖVP/SPÖ einer Regelung zugeführt werden können, weil offenbar die Gegensätze dieser

beiden Parteien zu groß sind, um sie im Rahmen einer Koalition zu meistern. Eine Regelung aller dieser Fragen ist nur durch eine eindeutige Mehrheitsbildung im Parlament möglich, eine Mehrheitsbildung, die durch den Koalitionspakt ausgeschaltet wird und die so lange nicht zustandekommen kann, als die Gesetze lediglich zwischen den beiden großen Parteien beraten und dann einfach durchs Parlament durchgeschleust werden. Wir sind es, die hier immer wieder um Abhilfe rufen und die es auch begrüßt haben, daß dieses Koalitions-System hier im Landtag nicht Platz gegriffen hat und daß vom Koalitionspakt wenigstens die Landes- und Gemeindeebene ausgenommen wurde. Ich kann nur sagen, daß sich die Ausschaltung des Koalitionspaktes auf der Landesebene bisher bewährt hat, daß es möglich war, durch die Einschaltung einer Partei der Mitte die Gegensätze, die zwischen den beiden großen Parteien bestehen, zu mildern, sie zu überbrücken und hier auf der Landesebene zu Mehrheitsbeschlüssen zu kommen, wie sie eben der Verfassung entsprechen.

Wir selbst haben uns in der Frage der Personalvertretung auf den Standpunkt der Verfassung gestellt und aus diesem Grund stimmen wir auch für die Vorlage, wie sie vom Berichterstatter vertreten wurde. (Beifall bei der WdU.)

Präsident: Das Schlußwort hat der Berichterstatter.

Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Ich habe nur festzustellen, daß ich den Antrag des Herrn Bürgermeisters Dr. Speck, so wie er ihn vorgebracht hat, mitaufnehme und Sie bitte, der Vorlage mit allen eingebrachten Anträgen zur Abänderung Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Ich bringe den Antrag zur Abstimmung. Die vorgeschlagenen Abänderungen sind vom Berichterstatter aufgenommen worden. Ich bitte die Abgeordneten, die dem Antrag und dem Abänderungsantrag hiezu die Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

14. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anzeige des Landtagsabgeordneten Fritz Wurm gemäß § 22 des Landesverfassungsgesetzes.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Rainer: Hohes Haus! Der Landtagsabgeordnete Fritz Wurm hat dem Präsidenten des Steiermärkischen Landtages gemäß § 22 des Gesetzes vom 30. Juli 1925, BGBl. 294, angezeigt, daß er bei der Druckerei- und Verlags-AG. Leykam die Stelle eines Aufsichtsrates bekleidet. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat

sich in seiner Sitzung damit beschäftigt und stellt nunmehr den Antrag:

„Dem Landtagsabgeordneten Fritz Wurm wird gemäß § 22 des Landesverfassungsgesetzes die Zustimmung zu seiner Betätigung als Aufsichtsrat bei der Druckerei- und Verlags-AG. Leykam erteilt.“

Ich bitte, diesem Antrag zuzustimmen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist, kommen wir zur Behandlung der dringlichen Anfragen. Ich nehme die zuerst eingebrachte dringliche Anfrage zur Behandlung. Es ist dies die

Anfrage der Abgeordneten Edlinger, Rösch, Lackner, Schabes, Bammer, Hella, Lendl, Gruber und Sebastian an den Herrn Landesrat Ferdinand Prirsch, betreffend Verwendung des im Haushaltsplan 1954 unter Post 731,712 eingesetzten Betrages für Förderung kommunaler Maschinenhöfe in Steiermark.

Die dringliche Anfrage hat folgenden Wortlaut:

„Im Haushaltsplan für das Jahr 1954 wurde unter Punkt 731,712 ein Betrag von 100.000 S zur Förderung kommunaler Maschinenhöfe mit Mehrheit beschlossen.

Bisher wurden in 14 steirischen Gemeinden Maschinenhöfe nach dem Vorbild der Kärntner Landmaschinenhilfe errichtet. Die Gemeinden Pitschgau, Hollenegg, Waldbach, Freidorf im Bezirke Deutschlandsberg, Gratkorn, Unterpremstätten, Lieboch im Bezirke Graz Umgebung, Wagner im Bezirke Leibnitz, Neudau im Bezirke Hartberg, St. Stefan im Bezirke Leoben, Bad Aussee im Bezirke Liezen, Voitsberg, Krottendorf-Gaisfeld im Bezirke Voitsberg und Waisenegg im Bezirke Weiz haben hiefür über 15 Millionen Schilling aufgewendet.

Mehr als 20 weitere Gemeinden wünschen ebenfalls die sofortige Errichtung kommunaler Maschinenhöfe, da sie sich bei Besichtigungen der bestehenden Maschinenhöfe und bei Durchsicht der Gebarung derselben davon überzeugt haben, daß die kommunalen Maschinenhöfe eine tatkräftige Hilfe für die kleinen und mittleren Bauern in Steiermark darstellen, Sie betrachten diese Form der Technisierung der Landwirtschaft als wirksam und wirtschaftlich.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Landesrat Ferdinand Prirsch folgende Anfrage:

1. Ist der Herr Landesrat in der Lage mitzuteilen, wie der im Landesvoranschlag 1954 unter Post 731,712 eingesetzte Betrag verwendet wurde?

2. Ist der Herr Landesrat bereit, sich bei der Erstellung des Haushaltsplanes für das Jahr

1955 dafür einzusetzen, daß ein größerer Betrag für diese wertvolle Förderung der Technisierung der Landwirtschaft eingesetzt wird?

Zur Begründung dieser Anfrage erteile ich dem Herrn Abg. Edlinger das Wort.

Abg. Edlinger: Hoher Landtag! Sie haben die dringende Anfrage gehört, der Herr Präsident hat sie verlesen. Ich hätte noch etwas dazu zu sagen. Wie Sie wissen, ist im Vorjahre bei der Beratung des Voranschlages im Finanzausschuß eine große Debatte entstanden, weil unser Klub für die Förderung der Landwirtschaft, und zwar für die Errichtung von Maschinenhöfen vom Ausschusse einen zusätzlichen Betrag von 500.000 S verlangte. Es konnte dort zu keiner Einigung kommen und wurde hier im Hohen Hause nur mit einem Mehrheitsantrag ein Kredit von 100.000 S für die Errichtung kommunaler Maschinenhöfe und 100.000 S für die Errichtung von privaten Maschinenhöfen durchgekämpft und beschlossen.

Wir haben in der Zwischenzeit, um unseren damals gestellten Antrag zu begründen, durch die Errichtung von Maschinenhöfen in sozialistischen Gemeinden bewiesen, daß diese Art von Maschinenhöfen, diese Art der Maschinenhilfe wohl die beste Hilfe für die Bauern ist und vor allem für die breite Masse in den betreffenden Gemeinden sich günstig auswirkt. Wir haben bis zum heutigen Tage in Steiermark 14 solcher Maschinenhöfe errichtet und das Ergebnis ist ein ausgezeichnetes. Ich verweise darauf, daß zum Beispiel im Maschinenhof Pitschgau vom 1. Jänner bis 30. Oktober 465 Einsätze notwendig waren, daß der Traktor über 1200 Arbeitsstunden verrichtet hat und daß alle Bauern ungeachtet der politischen Einstellung diesen Maschinenhof, diese Maschineneinrichtung gerne benützen. Sogar der Pfarrer von Eibiswald steht als Benützer auf der Liste. Aber nicht nur der Pfarrhof, sondern auch die Gutsverwaltung vom Prinzen Liechtenstein, wir machen da gar keinen Unterschied, hat den Maschinenhof wiederholt benützt, auch der Graf Kottulinsky nimmt von uns gerne den Traktor zu leihe, weil er ganz genau weiß, daß er dadurch billig zu einem Maschinengerät kommt. Unsere Benützungsgebühren sind nur gestehungskosten deckend und im Verhältnis zu den privaten Maschinenhaltern oder Genossenschaften bedeutend niedriger.

So kostet das Ackern und Mähen für eine Stunde 27 S, während die Richtlinien der Landesbauernkammer immerhin 45 S vorsehen. Für Fuhrwerksleistungen kostet einheitlich in der Steiermark im Maschinenhof die Stunde 31 S, wobei die Berechnung so erfolgt, daß nicht nach angefangenen Stunden aufgerundet, sondern sogar nach Viertelstunden berechnet wird, so daß man wirklich eine Überhaltung des Benützers nicht feststellen kann bzw. beabsichtigt wird. Wenn ein Bauer erklärt, daß er bei seinem Acker, wo er mit seinen Ochsen $4\frac{1}{2}$ Tage zum

Pflügen gebraucht hat, mit einem Traktor in 4 Stunden fertig ist, muß man sagen, daß diese Einrichtung eine wirkliche Hilfe für die Beteiligten darstellt. Man wird nun sagen, mit diesen Maschinensätzen wird man nicht auskommen. Nachdem wir nun einige Maschinenhöfe haben, die bereits über ein Jahr laufen und wir die finanzielle Seite überprüft haben, konnten wir feststellen, daß alle diese Voraussetzungen, die wir auch in finanzieller Hinsicht bei diesen Maschinenhöfen hatten, voll eingehalten worden sind, so auch die Amortisation und die Reparaturkosten voll gedeckt sind, so daß erwiesen ist, daß diese Maschinenhöfe sich in Zukunft selbst erhalten werden. Natürlich haben wir bei der Errichtung der Maschinenhöfe wohl manches Mal da und dort Schwierigkeiten zu überstehen gehabt, Schwierigkeiten in der Richtung, einen richtigen Traktorfürer zu finden, aber das sind Kinderkrankheiten.

Wir haben aber noch andere Schwierigkeiten in manchen errichteten Maschinenhöfen, und zwar die sogenannte örtliche Gegnerschaft, die örtliche Konkurrenz und ich möchte das mit ein paar Beispielen beweisen. In Wagna, wo wir einen Maschinenhof errichtet haben, war ein Bauer, der früher mit 2 Paar Ochsen und 1 Paar Pferden den Ton angegeben hat; er hat in dieser Gemeinde beim Anbau und beim Herbstfuhrwerk wegen seines Verhaltens als Diktator gegolten. Als er nun hörte, die Gemeinde stelle einen Maschinenhof auf, hat er sich sofort einen Traktor gekauft, um uns entgegenzuwirken und unser Vorhaben nicht zu ermöglichen, es zu untergraben. In St. Stefan, ebendort, wo wir einen der ersten Maschinenhöfe aufgestellt haben, hat sich eine Maschinengenossenschaft gebildet. Da diese nicht genügt hat, den Maschinenhof zu untergraben, wurde noch ein Privatmaschinenhalter aufgestellt mit Hilfe von Mitteln der Landesbauernkammer, um so richtig eine Konkurrenz gegen den Gemeinde-Maschinenhof zu errichten. Als man mich gefragt hat, „wie kommt der dazu, er ist doch sonst nicht so begütert, wo hat er das Geld her?“ habe ich mich erkundigt bei der Landesbauernkammer und dort hat man mich unterrichtet, daß er 30% als Beihilfe bekommen hat, 50% als Kredit und nur den Rest mußte er selbst aufbringen. Das sind so die normalen Zuteilungen. Und im Gespräch hat sich dann der Beamte geäußert — ich hatte mich nicht vorgestellt — „Ja, dieser Privatmaschinenhalter ist eine sehr segensreiche Einrichtung gegen den dortigen sozialistischen Maschinenhof.“ (Heiterkeit.) Ich habe mir dann gedacht, wenn in der Landesbauernkammer so ein Geist herrscht, kann ich verstehen, daß man versucht, mit allen Mitteln diese Maschinenhöfe zu untergraben, wenn man sogar die Beamten dort so unterrichtet, daß man kein Mittel scheut, einen Maschinenhof, wo einer besteht, schlecht zu machen. Die Folge war dann, daß dieser eine Traktor zu wenig war und daß man noch einen zweiten anschaffen mußte, und zwar einen Ge-

räteträger und dieser Maschinenhof floriert und existiert und ist auch finanziell gut untermauert, so daß er trotz dieser Opposition und Torpedierung die schwierige Zeit gut überstanden hat.

Wir haben uns schon damals dagegen gekehrt, die privaten Maschinenhöfe zu dotieren. Der VdU hat natürlich den Wunsch geäußert, man möge doch auch die privaten Maschinenhöfe unterstützen. Ich möchte hier an den VdU die Frage stellen, ob er informiert ist, daß man private Maschinenhöfe in der Steiermark schon aus diesem Titel aufgestellt hat. Mir ist nämlich ein Fall bekannt, da hat ein Jungbauer in der Weststeiermark um Aufstellung eines privaten Maschinenhofes angesucht. Der Mann hat dann von der Landeskammer eine Zuschrift bekommen, worin steht: „Bezüglich der Errichtung einer „Gemeinschaftswaschanlage“ wollen sie sich umgehend an die zuständige Bezirkskammer Deutschlandsberg wenden.“ Also hat man diese Mittel für den privaten Maschinenhof scheinbar für Waschanlagen bereitgestellt.

Ich glaube mit Berechtigung feststellen zu können, daß die Anfrage, die wir heute stellen, voll begründet ist. Ich möchte daher noch einmal bitten, daß dieser Antrag dringlich behandelt und noch heute beantwortet wird. (Beifall bei SPÖ.)

Präsident: Zur Beantwortung erteile ich dem Herrn Landesrat Prirsch das Wort.

Landesrat Prirsch: Hoher Landtag! Ich darf zu der vorliegenden dringlichen Anfrage folgendes vermerken: Es hat bis jetzt beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung oder bei der Landwirtschaftskammer in Graz keine einzige steirische Gemeinde um die in der V. P. 731,712 vorgesehenen Mittel von 100.000 S nachgesucht. (Rufe: „Hört, Hört!“ bei ÖVP.) Ich habe zwar im Lande gehört, daß vereinzelt der Versuch unternommen wird, diese kommunalen Maschinenhöfe zu errichten. Ich habe dann weiters gehört, daß diese Gemeinden in überwiegender Zahl aus dem sogenannten Gemeindeausgleichsfonds, und zwar von jenem Teil, den der Herr Landesrat Matzner verwaltet, wesentliche Unterstützung erfahren. Ich habe das begrüßt. (Abg. Rösch: „Ihre Kollegen aber nicht!“) Diese Tatsache, daß sich an die zuständigen Stellen bis jetzt trotz der Verlautbarung, die auch die Debatte im Landtag hervorgerufen hat, niemand noch um diese Mittel beworben hat, hat mich in der Sorge, sie könnten sonst verfallen, veranlaßt, vor einigen Wochen der Landeskammer den Auftrag zu geben, daß sie sich mit steirischen Gemeinden ins Einvernehmen setzt, damit diese Mittel zweckbestimmt ihre Verwendung finden und ich glaube, daß das im Laufe dieses Jahres noch geschieht.

Was den zweiten Teil der Anfrage anbelangt, ob ich gewillt bin, auch im nächsten Jahr dafür einzutreten, daß im Voranschlag die ent-

sprechenden Mittel für die kommunalen Maschinenhöfe bereitgestellt werden, darf ich folgendes sagen: Wir haben heuer für die Mechanisierung der Landwirtschaft 500.000 S zur Verfügung gehabt. Für das nächste Jahr sind im Voranschlagsentwurf leider Gottes nur 400.000 S vorgesehen, also um 100.000 S weniger. (Rufe: „Hört Hört!“ bei ÖVP.) Es wird Sache des Hohen Landtages sein, hier zu dem bestehenden Willen auch die entsprechenden Mittel bereit zu stellen.

Ich muß aber zu den Ausführungen des Herrn Abg. Edlinger noch sagen, daß seine Meinung, daß man statt Traktoren Waschmaschinen angeschafft habe, nicht stimmt. Die zweiten 100.000 S dieser V. P. 731,712 werden auch widmungsgemäß ihre Verwendung finden. Ich muß zugeben, daß es auch hier nicht ganz leicht ist. Der Fall, der vom Herrn Abgeordneten erwähnt worden ist, wo angeblich ein Konkurrenzunternehmen finanziert wurde mit öffentlichen Mitteln, ist mir nicht bekannt, sondern die zweiten 100.000 S sind auch noch zu vergeben und es sind geeignete Bewerber gefunden, die die Gewähr bieten, daß diese privaten Maschinenstationen ihre Aufgaben erfüllen.

Ich glaube, damit diese dringliche Anfrage beantwortet zu haben. (Beifall bei ÖVP.)

Präsident: Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich komme zur Behandlung der zweiten dringlichen Anfrage der Abg. Dr. Kaan, Hegenbarth, Leopold Ebner, Ertl, Berger, Koller, Hofmann-Wellenhof, Weidinger und Stiboller an den Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Horvatek, betreffend einen außerordentlichen Landeszuschuß für Regulierungsbauten und Meliorationen (Hochwasserschutz). Diese Anfrage lautet:

„Durch die Häufung der Hochwasserkatastrophen des Jahres 1953 wurden weite Gebiete der Steiermark betroffen und insbesondere die Ernte schwer geschädigt. Die bisherigen Maßnahmen scheinen somit nicht hinzureichen, um einer Wiederholung solcher zerstörender Wirkungen des Wassers vorzubeugen.

Es wird daher an den Landesfinanzreferenten Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Horvatek die dringliche Anfrage gerichtet: „Ist der Herr Landesfinanzreferent gewillt und in der Lage, in den Landesvoranschlag für das Jahr 1955 einen außerordentlichen Landeszuschuß von 10 Millionen Schilling zusätzlich zu den an Bundeszuschüsse gebundenen Aufwendungen für Regulierungsbauten an steirischen Wasserläufen und Meliorationen einzusetzen?“

Zur Begründung dieser dringlichen Anfrage hat sich zum Wort gemeldet Abg. Ertl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ertl: Hoher Landtag! Wie allseits bekannt, wurde in den Sommermonaten des heurigen Jahres die Steiermark von einer verheerenden Hochwasserkatastrophe heimgesucht.

Besonders schwer getroffen wurden die Gebiete der Ost-, West- und Untersteiermark, wodurch die Existenz vor allem vieler Klein- und Kleinstbetriebe gefährdet ist. Ich darf verweisen, daß auf einer Fläche von rund 10.000 ha die Kartoffel-, Rüben- und Maisernte zum allergrößten Teil vernichtet wurde. Auch die Getreideernte hat durch die Versandung und Verschlammung, bedingt durch die Überflutung, eine 50%ige Einbuße erlitten. Wie schon bemerkt wurde, sind davon besonders die klein- und kleinstbäuerlichen Betriebe betroffen und viele in ihrer Existenz gefährdet.

Wir fühlen uns daher veranlaßt, im Hohen Hause diesen Antrag vorzubringen, daß ins künftige Budget 10 Millionen Schilling zur Behebung der allergrößten Härten eingesetzt werden, abgesehen von dem Betrag, der normiert wird auf Grund des Wasserbauförderungsgesetzes. Ich darf den Herrn Landesfinanzreferenten bitten, für die diesbezüglichen Belange der Bauernschaft volles Verständnis zu bekunden.

1. Landeshauptmann-Stellvertreter Horvatek:
Hoher Landtag! Die Anfrage, die an mich gestellt wurde, ist an die unrichtige Stelle gerichtet worden. Es ist bekannt, daß der Voranschlag des Landes vom Finanzreferenten auf Grund der Anträge der einzelnen Regierungsmitglieder, beziehungsweise der Amtsvorstände der einzelnen Abteilung entworfen wird. Wenn sich nun herausstellt, daß der Zusammensatz aller dieser Anträge weit über die Möglichkeit der Bedeckung hinausgeht, ist der Finanzreferent gezwungen, zu überprüfen, welche Anträge er berücksichtigen, welche er nicht voll berücksichtigen kann und welche er streichen muß, um für das Gleichgewicht im Haushalt des nächsten Jahres vorzusorgen. Die Frage, ob besondere Mittel für besondere Zwecke zusätzlich eingesetzt werden können, hängt immer davon ab, ob Mittel zur Bedeckung vorhanden sind und ob sich der Finanz- und Budgetausschuß bereit findet, Ausgaben zu kürzen oder zu streichen zu Gunsten von Ausgaben, die notwendig wären und dringend erscheinen. Die bezüglichen Verhandlungen finden im Finanz- und Budgetausschuß statt, das Hohe Haus nimmt dessen Vorschläge nach eingehender Debatte zur Kenntnis.

Wie ist nun die Finanzlage im nächsten Jahr? Ich habe in der gestrigen Regierungssitzung darüber kurz berichtet, daß das Budget druckfertig ist und in der Landesdruckerei ausgedruckt wird. Es ergibt sich aus dem, was ich der Landesregierung vorgetragen habe und dem Landtag zu berichten haben werde, folgendes Bild:

Ausgaben in der Höhe von	684,284.500 S
finden keine volle Bedeckung,	
denn die Einnahmen betragen nur	665,953.100 S
so daß in der ordentlichen Ge-	
barung ein unbedeckter Abgang	
von	18,331.400 S

aufscheint. Aber auch die außer-	
ordentliche Gebarung, die Aus-	
gaben in der Höhe von	158,813.000 S
vorsieht, hat nur Einnahmen von	138,582.400 S
so daß auch der außerordentliche	
Haushalt mit	20,230.600 S
unbedeckt erscheint.	

Weil der Voranschlag den Mitgliedern des Hohen Hauses noch nicht vorliegt, will ich noch erwähnen, daß die außerordentliche Gebarung so aufgebläht ist, weil die Ausgabe von Landeschuldverschreibungen vorgesehen ist, die notwendig sind, um den Aktionären der Steweag die im Gesetz vorgesehene Entschädigung anbieten zu können. Der gesamte Abgang des Voranschlagsentwurfes 1955 beträgt daher 38,562.000 S.

Ich muß bemerken, daß die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben vom Bundesministerium für Finanzen nach meiner Meinung zu hoch angesetzt sind, insbesondere ist der Anteil an Einkommensteuer wesentlich höher angesetzt als heuer. (LH. Krainer: „Ist ja bisher immer höher geworden, nicht wahr?“) Man muß bedenken, daß die Einkommensteuer durch das Steuerermäßigungs-gesetz bisher keine Änderung erfahren hat; sie wirkt sich für das Jahr 1954 erst im Jahre 1955 aus, weil die Einkommensteuerbekenntnisse für das Jahr 1954 erst im Jahre 1955 eingebracht werden und die Bemessung der Einkommensteuer frühestens im Herbst 1955 stattfindet. Ich muß daher annehmen, wenn der Herr Finanzminister die Einnahmen aus der Einkommensteuer höher ansetzt als 1954, daß das nicht stimmen kann, weil die Einbußen durch die 10prozentige Steuerermäßigung vermutlich nicht einkalkuliert sind. Die Finanzbürokratie hat sich die Aufgabe sehr leicht gemacht; um zu Einnahmehzahlen für 1955 zu kommen, hat man die Einnahmen des ersten Semesters 1954 verdoppelt. Nun sind die Zahlen der ersten Jahreshälfte günstiger, weil die höheren Steuer-eingänge vom Dezember und Jänner in den Zu-weisungen an die Länder enthalten sind. Ich habe daher die ernste Befürchtung, daß die Zahl bezüglich der Einkommensteuer nicht stimmt. Nun kündigt der Finanzminister an, daß ab 1. Jänner 1955 eine neuerliche Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer stattfinden soll, die sich bei der Lohnsteuer sofort, bei der Einkommensteuer aber erst im Jahre 1956 auswirken würde. Die Aussichten für die Einnahmen der Länder sind also nicht gestiegen sondern gesunken, ihre finanzielle Lage hat sich dadurch verschlechtert, da diese Steuerermäßigungen, die wünschenswert und notwendig sind, vor allem die Länder und Gemeinden treffen, während der Bundesfinanzminister sich aus diesem Verluste heraushalten kann. Ich darf das an einem Beispiel illustrieren. Es werden die Ein-

nahmen an der Lohnsteuer nach dem Finanzausgleichsgesetz verteilt wie folgt:

Bund	50 %,
Länder	30 %,
Gemeinden	20 %.

Die Warenumsatzsteuer dagegen, die jetzt höher wird, verteilt sich, wenn ich den Bundeszuschlag einrechne, im Verhältnis 66,6 % Bund, 22 % Land und 11,4 % Gemeinden. Wie hat sich nun die Steuersenkung in den ersten 9 Monaten des heurigen Jahres ausgewirkt, also ab 1. Jänner bis 30. September? Die Lohnsteuer ist um 300 Millionen Schilling abgesunken, das ist ihrer Ermäßigung begreiflich. Zur selben Zeit ist aber die Umsatzsteuer um 220 Millionen Schilling gestiegen. Es ist naheliegend, daß bei dieser Verteilung der Bund an der Erhöhung der Umsatzsteuer wesentlich gewinnt, während die Gemeinden und Länder weniger erhalten. An Lohnsteuer verliert der Bund 150 Millionen Schilling, die Länder 90 Millionen, die Gemeinden 60 Millionen. Von der Erhöhung der Warenumsatzsteuer erhält der Bund 146,2 Millionen, die Länder 48,4 und die Gemeinden 25,4. Wenn ich nun den Rückgang mit den Mehreinnahmen ins Verhältnis bringe, ergibt sich folgender Effekt: Der Bund verliert tatsächlich 3,8 Millionen, die Länder 41,6 Millionen und die Gemeinden 34,6 Millionen. Wenn also eine neuerliche Ermäßigung dieser zwei Steuern, die volkswirtschaftlich gesehen erfreulich ist und den einzelnen Betroffenen besonders angenehm sein wird, eintritt, wird das geschilderte Verhältnis gleichbleiben. Der Finanzminister bleibt beinahe auf seinen Einnahmen sitzen, weil der Mehrertrag der Warenumsatzsteuer das möglich macht, während die Einnahmen der Länder und Gemeinden ständig absinken. (Landeshauptmann Krainer: „In Wirklichkeit nehmen sie alle mehr ein.“) Herr Landeshauptmann, wir werden ja über diese Dinge noch ausführlich sprechen müssen. (Abg. Hegenbarth: „War immer so!“) Aber die Bemerkung des Herrn Abg. Hegenbarth ist falsch und beweist, daß er keinen Einblick in die Finanzverhältnisse hat. (Abg. Hegenbarth: „Wir haben das 5 Jahre so erlebt!“) Die sogenannten Überschüsse, die wir in den Jahren bisher erzielt haben, sind ja auf ganz andere Umstände zurückzuführen. Wir haben 5 Jahre Lohn- und Preisregelungen erlebt und in der Entwertung der Währung lagen die Ursachen dieser sogenannten Überschüsse. Es ist also nicht notwendig, ein Problem, das sehr ernst behandelt werden muß, durch einen Zwischenruf abtun glauben zu können.

Es würde also eine neue Ermäßigung dem Finanzministerium wesentlich weniger kosten, während die Länder und Gemeinden dabei viel schlechter fahren würden.

Es sind durch eine Reihe von Gesetzen, die durch den Nationalrat verabschiedet wurden, den Ländern und Gemeinden neue Belastungen entstanden, ohne daß das Land dafür einen Er-

satz erhalten hat. Einen teilweisen Ersatz haben die Gemeinden in der Gewerbesteuer, aber die Länder sind an der Gewerbesteuer, die steigt, nicht beteiligt, haben auch sehr wenig eigene Steuern, jedenfalls keine bedeutenden; sie werden also von Belastungen getroffen, denen keine Mehreinnahmen gegenüberstehen.

Ich will von diesen Belastungen nur drei erwähnen, erstens das Nachziehverfahren — die Personalkosten steigen dadurch wesentlich, aber wir bekommen keine Mehreinnahmen hierfür —, weiters ist das Gesetz über die Bundeswohnbauförderung, die durch die Länder zu besorgen ist, in Kraft getreten. Hiefür bekommen wir zwar vom Finanzminister ein Geschenk, aber wir müssen ein Gegengeschenk machen und das kostet Geld. Wenn wir also die Landeswohnbauförderung in voller Höhe aufrecht erhalten wollen neben dieser Bundeswohnbauförderung, dann würde der Abgang in der ordentlichen Gebarung neuerlich um 17 Millionen Schilling steigen. Da das nicht möglich ist — das werde ich noch im Finanzausschuß begründen, müssen wir uns mit dem bisherigen Betrag begnügen, der daher geteilt werden muß. Die dritte Belastung, die uns trifft, ist die, daß die Länder, soweit sie Landeselektrizitätsgesellschaften haben, für die den Ländern übertragenen Aktien die Aktionäre entschädigen müssen. Im Entschädigungsgesetz ist das klar vorgeschrieben und auch terminisiert. Dieser Verpflichtung kann sich kein Land entziehen. Die Folge ist, daß sich das Land für die Verzinsung und Amortisation des dafür aufzunehmenden Darlehens durch 10 Jahre belasten muß, was wieder die jährlichen Ausgaben erhöht, wofür die Einnahmen nicht reichen werden.

Als letztes ist schwebend und noch nicht entschieden, daß für den Familienausgleich die Länder 120 Millionen Schilling beizutragen hätten, das würde für Steiermark fast 20 Millionen Schilling ausmachen, für die vom Bund keine Mittel bereitgestellt werden sollen. Das heißt, die Finanzlage des Landes hat sich wesentlich verschoben und aus allen diesen Gründen findet morgen eine Vorsprache aller Landeshauptleute und Landesfinanzreferenten bei Bundeskanzler und Vizekanzler und Bundesfinanzminister statt, in der auf die sich anbahnenden katastrophalen Finanzverhältnisse der Länder hingewiesen werden wird, wobei ich hoffe, daß der Herr Landeshauptmann gemeinsam mit den übrigen Landeshauptleuten mich und die übrigen Landesfinanzreferenten unterstützen werden, eine Besserung der Finanzlage der Länder zu erreichen. (LH. Krainer: „Aber nur dann setzen wir uns ein, wenn Sie nicht mehr so jammern!“)

Wenn nun an mich die Frage gerichtet wird, ob ich bereit bin, zu den Mitteln, die ohnehin im Voranschlag an sich vorgesehen sind, für Zwecke der Meliorationen und der Verbauungen noch zusätzliche 10 Millionen Schilling in den Voranschlag 1955 einzubauen, so muß ich dazu

sagen, daß ich gerne dazu bereit bin, wenn die Mittel dazu vorhanden sein werden. Die Entscheidung, ob die Mittel reichen oder ob andere Zwecke nicht mindestens gleich notwendig sein werden oder nicht gekürzt werden können, diese Entscheidung habe nicht ich zu fällen, sondern das Hohe Haus und vorher noch der Finanz- und Budgetausschuß, dem ja auch die Herren Antragsteller angehören. (Starker Beifall, Bravourufe bei SPÖ.)

Präsident: Hiemit ist die Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen.

Im Anschluß an diese Sitzung findet eine Sitzung des Finanzausschusses statt, und zwar im Zimmer 18/II. Ich bitte die Mitglieder dieses Ausschusses, sich dort sofort einzufinden.

Schluß der Sitzung: 12 Uhr 10 Min.